

# Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei freier Bestellung ins Haus einchl. Postgebühren monatlich 2,00 RM. Halbjährlich 10,00 RM. Vierteljährlich 5,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: für 10spaltige mm-Zeile im 1. Teilgenzahl 14 Pf., 2. Teilgenzahl 12 Pf., 3. Teilgenzahl 10 Pf., 4. Teilgenzahl 8 Pf., 5. Teilgenzahl 6 Pf., 6. Teilgenzahl 4 Pf., 7. Teilgenzahl 3 Pf., 8. Teilgenzahl 2 Pf., 9. Teilgenzahl 1 Pf., 10. Teilgenzahl 1 Pf. Familienanzeigen 6 Pf., 12 Pf., 18 Pf., 24 Pf., 30 Pf., 36 Pf., 42 Pf., 48 Pf., 54 Pf., 60 Pf., 66 Pf., 72 Pf., 78 Pf., 84 Pf., 90 Pf., 96 Pf., 102 Pf., 108 Pf., 114 Pf., 120 Pf., 126 Pf., 132 Pf., 138 Pf., 144 Pf., 150 Pf., 156 Pf., 162 Pf., 168 Pf., 174 Pf., 180 Pf., 186 Pf., 192 Pf., 198 Pf., 204 Pf., 210 Pf., 216 Pf., 222 Pf., 228 Pf., 234 Pf., 240 Pf., 246 Pf., 252 Pf., 258 Pf., 264 Pf., 270 Pf., 276 Pf., 282 Pf., 288 Pf., 294 Pf., 300 Pf.

Postanschrift: Dresden-N. 1. Postfach 7. Fernruf: Ostberliner Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981-27983 • Teleg.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Victoriastr. 1a; Fernruf: Kurzfürst 9361-9366 Postfach: Dresden 2060 - Nichterlegte Einblendungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Bezugs

Nr. 166 x

Freitag, 19. Juli 1935

43. Jahrgang

## Klare Scheidung zwischen Religion und Politik

Einschreiten gegen Mißbrauch der geistlichen Stellung - Neue Unruhen in Velsaft - Straßendemonstrationen in Frankreich verboten

### Ein Erlass Görings

Gegen den politischen Katholizismus

D.N.B. Berlin, 18. Juli

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit:

Der preussische Ministerpräsident und Chef der Geheimen Staatspolizei, General Göring, hat in einem Erlass an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten sich mit der ablehnenden Haltung gewisser Kreise des katholischen Klerus gegen den Nationalsozialismus und seine Einrichtungen befaßt. In bewusster Verkennung der außerordentlichen Leistungen des nationalsozialistischen Staates und im Gegensatz zu der bereitwilligen Anerkennung, die ihm das gesamte Volk für seine erfolgreichen Anstrengungen auf allen Lebensgebieten zollt, glaubt eine Anzahl katholischer Geistlicher immer noch, die ihnen anvertrauten Volksgenossen an der nationalsozialistischen Idee irrezuführen zu sollen, nur weil sie ihren politischen Einfluß schwinden sehen. Der Ministerpräsident lehnt die Entlassung eines Antiklerikales gegen die katholische Kirche nach wie vor auf das Bestimmteste ab. Er hält es aber für unbedingt notwendig, mit aller Energie gegen diejenigen Bestrebungen vorzugehen, die von dem politischen Katholizismus her dem nationalsozialistischen Staat im Kampfe entgegenstehen. Demgemäß hat er, um dem Treiben solcher antinationalsozialistischer katholischer Geistlicher, deren Einstellung und Haltung immer noch in der Gedankenwelt der ehemaligen Zentrumspartei wurzelt, ein Ende zu bereiten, die Staatsbehörden angewiesen, mit allen gesetzlichen Mitteln gegen solche Mitglieder des Klerus vorzugehen, die die Autorität ihrer geistlichen Stellung zu politischen Zwecken mißbrauchen.

Der Erlass führt unter anderem aus: Die Linie der Staatsführung in der Behandlung des politischen Katholizismus ist eindeutig und klar vorgezeichnet: Der nationalsozialistische Staat gewährt nicht die Ununterschiedlichkeit der kirchlichen und damit auch der katholischen Kirche; er gewährt ihr und ihren religiösen Einrichtungen keinen Schutz. Die Stellen, in denen der Wille und die Macht des Staates nicht hinreichend, die Kirche vor den zerstörenden Einflüssen der Gottlosenbewegung wirksam zu schützen, sind vorüber.

Für die Kirche entfällt damit jede Veranlassung, über das Gebiet religiöser Betätigung hinaus politische Einflüsse aufrechtzuerhalten oder von neuem anzustreben.

Sie darf daher weder Wort anrufen gegen diesen Staat - eine Ungehörigkeit, die wir in offener und verächtlicher Form allmählich erleben -, noch darf sie eigene politische Kräfte unter der heuchlerischen Begründung organisieren, sie müsse vom Staat her drohende Gefahren abwehren. Wir würden Bekräftigungen nicht, deren Träger früher das Zentrum war. Wir bekämpfen sie, auch wenn sie unter dem Deckmantel religiöser Betätigung in Erscheinung treten; wir bekämpfen sie um so entschiedener, je mehr sie sich in hinterhältige und verlogene Formen kleiden. Dazu gehört es, wenn Kleriker, die sich mit der politischen Totalität des Nationalsozialismus nicht abfinden wollen, in letzter Zeit mehr und mehr

die Kundendemonstrationen, Wortprügungen und Samboles des nationalsozialistischen Kampfes

auf ihren angeblichen „Kampf“ übertragen. Sie werden jedem Volksgenossen in Fleisch und Blut übertragene Maßnahmen - wie die auf „Ders-Jesu-Tag“, die auf „Wund der Marienmädchen“ und die Abwandlung des Deutschen Gottes an Jesus Christus an. Sie betreffen es nicht, bei den alljährlichen kirchlichen Veranstaltungen, sondern sie häufen große demagogische Prozeduren an und schrecken nicht zurück, sondern sie haben in der Vergangenheit noch nicht begangenen Aufmachung und Werbung für diese Veranstaltungen. Neben allen dem nationalsozialistischen Kampfe abgelebten äußeren Formen verleiten sie die ihnen zur religiösen Betreuung anvertrauten Volksgenossen bis zu schmerzlichen Ausdrücken wie: „Unser himmlischer Führer Jesus Christus, Treu! Heil!“

### Rede des abessinischen Kaisers

„Italien wird sehen, wie ein einiges Volk kämpft“

Sonderbeilage des Dresdner Neuesten Nachrichten

Asmara, 18. Juli. (Durch United Press)

Der Kaiser von Abessinien, Haile Selassie, hielt heute vor dem Parlament in Asmara eine Rede, in der er erklärte, daß er selbst nicht zögern würde, sein Blut hinzugeben zur Verteidigung des äthiopischen Reiches.

Der Kaiser sprach im Verlaufe seiner Ausführungen über die zahlreichen Ereignisse, die zu der gegenwärtigen gespannten Lage geführt hätten. Hierin Jahre lang habe Italien den Wunsch geäußert, Abessinien zu erobern. Dieser Wunsch sei ganz offen zum Ausdruck gekommen im vergangenen Jahre durch die Zwischenfälle von Gondar und Walal. Italien habe damals Entschuldigungen und Entschuldigungen verlangt. „Wir aber“, so erklärte er, „haben auf Grund der bestehenden Verträge Verträge und einen Schiedsspruch angefordert.“

Kaiser Selassie beschrieb dann seine Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Konflikts mit Italien. Allein Italien habe keine Friedensverhandlungen unternommen. „Mussolini lebt“, so erklärte er, „hat sein Volk und sein Heer im Sinne der Illusion beiraten, daß es eine neue gloriose Seite in der italienischen Geschichte geschrieben werden solle.“ Abessinien habe nicht den Wunsch, irgendein Land in der Welt anzugreifen, aber es wolle bis zum letzten Mann zu kämpfen. Zwar sei das

italienische Heer mit allen modernen Waffen ausgerüstet, aber Italien werde sehen, wie ein einiges Volk unter der Führung eines Kaisers zu kämpfen verliche, ein Volk, das entschlossen sei, dem Beispiel seiner kriegerischen Vorfahren zu folgen, wenn ein Feind seinen Boden betrete.

### Vor der Einberufung des Völkerrats

Sonderbeilage des Dresdner Neuesten Nachrichten

Genf, 18. Juli. (Durch United Press)

Der Generalsekretär des Völkerrats, Kuenol, hat gestern an alle Nationalmitglieder Telegramme abgeschickt, in denen er sie auffordert, sich zur Teilnahme an einer Sonderberufung des Völkerrats zwischen dem 23. Juli und dem 6. August bereit zu halten. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, wird Litwino als Vizepräsident in allerhöchster Zeit die formale Einberufung des Rates beauftragen. Der Sekretär Kuenol, der sich gegenwärtig in Paris aufhält, erfolgte nach einer längeren Ansprache, die der Generalsekretär des Völkerrats im Juni d'Orsay mit dem Ministerpräsidenten und Außenminister Vivaldi hatte.

(Siehe auch die Meldungen auf Seite 2)

### Randbemerkungen

Notwendige Folgerungen

Auf dem Gantreffen der NSDAP in München hatte Reichsinnenminister Dr. Frick unter dem Eindruck der Provokation durch das anmaßende Schreiben des Bischofs von München mit aller Entschiedenheit die Forderung der völligen Entkonfessionalisierung des gesamten öffentlichen Lebens vertreten, und er hatte betont, der nationalsozialistische Staat werde es sich nicht gefallen lassen, wenn der politische Katholizismus weiterhin verhalte, „mit den Lebensinteressen der Nation zu kämpfen“. Dieses Lebensinteresse heißt: die Aufrechterhaltung der Volksgemeinschaft. Denn die Volksgemeinschaft wird gefährdet, wenn unter dem Deckmantel der „Zorge um kirchliche Belange“ Angriffe gegen den Staat, der im neuen Deutschland mit dem Volke gleichbedeutend ist, geführt werden. Das es so schwer war, die weltliche Volksgemeinschaft herauszufinden, daran trägt gerade auch der politische Katholizismus ein großes Mitschuld. Es wäre ein lächerliches Unterfangen, wollte jemand bestreiten, daß zu allen Zeiten der politische Katholizismus von verhängnisvollem Einfluß gewesen ist. Das Wirken des Zentrums und der katholischen Volkspartei reicht noch überall in frischer Erinnerung, und man hat auch nirgends vergessen, daß gerade die enge Verbindung zwischen diesen Parteien und der katholischen Kirche so schädlich für die Gesamtinteressen des deutschen Volkes war. Schädlich für die Nation, schädlich letzten Endes aber auch für die Kirche selbst. Sie hätte deshalb allen Anlaß, zurückzutreten und sich von dem neuen Deutschland auf reinliche Scheidung drängen zu lassen. Aber von einem Willen der katholischen Kirche, tätig dabei mitzuwirken, ist bisher noch nichts zu hören gewesen. Im Gegenteil! Es wird immer deutlicher, daß viele Diener der Kirche, welche Kreise der katholischen Geistlichkeit, nach wie vor in den alten Zentrumsgeheimnissen wandeln und von hier aus Saboteure gegen den neuen Staat treiben. Und deshalb ist es so dringend notwendig geworden, daß der Staat von sich aus eingreift und Ordnung schafft.

Die Ankündigung und Forderung Fricks in München wird durch den heute bekanntgewordenen Erlass Görings in die Tat umgesetzt. Wer von den Mitarbeitern des Klerus die Autorität seiner geistlichen Stellung zu politischen Zwecken mißbraucht, soll zur Weichenhaltung herangezogen werden. Wir im vorwiegend evangelischen Lande haben meistens nur geringe Vorstellungen davon, in welcher Weise innerhalb der katholischen Kirche dieser Mißbrauch getrieben wird. Der Erlass Görings gibt genug Einzelheiten bekannt, die Aufklärung darüber schaffen und beweisen, wie schlimm die Dinge in Wirklichkeit stehen. Wir wissen, daß sich auch noch mehr Beispiele dafür aufzählen ließen. Aber schon das Gelegene genügt vollkommen, um die getroffenen Anordnungen zu rechtfertigen. Jene, die sich der Weichenhaltung widersetzen, werden nicht angefaßt; wir überlassen der katholischen Kirche so wie der evangelischen Kirche die völlige Freiheit des Glaubens und der Lehre. Das sind nicht Worte, das ist vielmehr durch die Tat ausgedrückt. Um so größer ist das Recht und die Notwendigkeit für den Staat, auf seiner Weichenhaltung zu beharren, daß politisch nur seine, nur die nationalsozialistische Auffassung Geltung haben darf. Das deutsche Volk und ganz gewiss besonders auch die katholischen Volksgenossen erwarten mit aller Bestimmtheit, daß nunmehr endlich die katholische Geistlichkeit auch ihrerseits die praktischen Folgerungen aus dieser theoretisch längst anerkannten Grundthese zieht.

### Reinerhaltung der Rasse!

Das Thema „Die Juden in Deutschland“ ist in diesen Tagen wieder einmal häufiger in den Vordergrund der allgemeinen Unterhaltung getreten. Den Anlaß dazu haben gewisse jüdische Kreise selbst gegeben. Es wurde besonders in Berlin von den verschiedensten Seiten darüber geklagt, daß von einer Zurückhaltung, wie sie das nationalsozialistische Deutschland unbedingt von den Juden fordern muß, kaum noch etwas zu spüren sei und daß man vor allem am Kurfürstendamm den Eindruck gewinne, als sei überhaupt nichts geschehen. Das ist so weit, daß jüdische Kinobesucher Störungen verüben bei der Vorstellung des schwedischen Films „Wetterton und Wendel“ unternehmen. Die Empörung über dieses Verhalten hat dann zu einigen Protestkundgebungen auf dem Kurfürstendamm

### Von der Kanzel sehen sie staatliche Einrichtungen und Maßnahmen ohne Zehen herab.

Der Ministerpräsident nimmt dabei auf den kürzlich erlassenen Erlass des Reichs- und preussischen Ministers des Innern Bezug, der sich gegen die Sabotage der Rasseangelegenheit wendet. Es ist so weit gekommen, daß angebliche Katholiken als einziger Grund aus dem Verstand der Gottesdiener mitnehmen, daß die katholische Kirche Einrichtungen des nationalsozialistischen Staates ablehnt, weil in den Predigten fortgesetzt auf politische Fragen und Tagesereignisse in polemischer Weise angespielt wird. In manchen Endstellen vergeht fast kein Sonntag, an dem nicht die religiöse Verantwortung des Gottesdienstes zur Verlesung sogenannter „Kanzelreden“ über rein politische Dinge mißbraucht wird. Die kirchlichen Oberen sind nach dem von ihnen geschworenen Bistumsverbot der Regierung Achtung schuldig und verpflichtet, sie auch vom Klerus achten zu lassen. Nach ihren Erklärungen verurteilen sie aber auch das geschriebene Treiben, anscheinend sind sie aber gegen gewisse Teile des Klerus machtlos. Da alle Warnungen nur zu einem Mißbrauch der bisherigen Nachhilfe geführt haben,

ermahnet der Ministerpräsident nunmehr von allen Strafverfolgungsbehörden, daß sie die ganze Härte der bestehenden Bestimmungen in Anwendung bringen.

Der Erlass führt dann die zahlreichen Fälle auf, in denen Kleriker ihren staatsfeindlichen Einfluß geltend zu machen versucht haben und legt dar, wie diesem Geboten zu begegnen ist. Grundsätzlich wird festgestellt, daß von den Geistlichen, soweit sie - namentlich im Religionsunterricht - im Staatsdienst tätig sind, verlangt werden muß, daß sie sich nicht nur während des Unterrichts, sondern auch außerhalb desselben gegenüber dem Nationalsozialismus zu enthalten haben, sondern daß sie darüber hinaus, wie alle anderen Staatsdiener, für den nationalsozialistischen Staat politisch einzutreten haben, sich also mit ihrer ganzen Persönlichkeit rückhaltlos hinter ihn stellen müssen. Nur dann könne der Nationalsozialismus den Geistlichen die religiöse Weiterleitung der Jugend anvertrauen. Der Ministerpräsident stellt ferner fest,

daß die sogenannten konfessionellen katholischen Jugendverbände sich immer mehr von ihrer ursprünglichen religiösen Betätigung entfernen

Wenn nicht eine vollständige Umkehrung hierin eintritt, sind die Verbände als politische anzusehen und zu verbieten. Das Tragen von Uniformen und alle volkspolitische Betätigung ist ausschließlich der Staatsführung und den anderen Widerständen der Partei vorbehalten. Der Ministerpräsident mahnt es allen Staatsbehörden zur Pflicht, die aufgezählten Mißstände zu unterbinden, sich dabei aber der ganzen Schwere der Verantwortung bei der Anwendung der gesetzlich anerkannten Maßnahmen bewußt zu sein. Die Macht des nationalsozialistischen Staates gelte es, die ungesetzlichen Mittel mit aller Bestimmtheit anzuwenden; daß er mit der katholischen Kirche

grundsätzlich in friedlichen und geordneten Beziehungen

leben will, hat er durch den Abschluß des Konkordats deutlich genug bewiesen. Im übrigen müßten die Entscheidungen von der Überzeugungsmäßigkeit mit dem Empfinden der Volksgemeinschaft, die sich das Gefühl für Recht und Unrecht rein bewahrt hat, getroffen sein. Dann würden auch diejenigen, gegen die sich die im Interesse der Staatsführung notwendigen Maßnahmen richten, in den Augen des Volkes immermehr als „Märtyrer“ angesehen werden. Besser heißt es:

Der Gottesglaube und die Religion der katholischen Volksgenossen wird nicht angefaßt.

Wir überlassen der katholischen Kirche so wie der evangelischen Kirche die völlige Freiheit des Glaubens und der Lehre. Politisch aber ist nur eine Staatsauffassung in Deutschland vorhanden und denkbar: die nationalsozialistische Idee. Wir wollen keinen Kulturkampf, da wir nur den politischen Kampf kennen; in diesem aber waren und bleiben wir siegreich. In diesem Grundgedanken betont der Ministerpräsident, daß der politische Katholizismus letzten Endes durch eine völlige nationalsozialistische Ausbaupolitik überwunden werden muß, wobei er auf die besonders wichtige Rolle hinweist, die die NSDAP im weltanschaulichen Ringen um die Jugend spielt. Der Ministerpräsident mahnt deshalb allen Behörden die nachdrücklichste Förderung der NSDAP zur Pflicht. Schließlich weist er auf die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit zwischen den Behörden der inneren und der Justizverwaltung sowie zwischen den staatlichen Stellen und den maßgebenden Vertretern der Partei hin.